

BFO/GRÜNE OBER-RAMSTADT



Programm
zur Kommunalwahl
'93

Inhalt.

1. Einleitung	3
2. Ökologie	3
3. Stadtentwicklung	8
4. Sozialpolitik	9
5. Kultur und Bildung	11
6. Frauen	12
7. Der, die, das Fremde	13
8. Finanzen	14

Impressum: BFO/GRÜNE Ober-Ramstadt
Horst Becht (ViSdP)
Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH

1. Einleitung

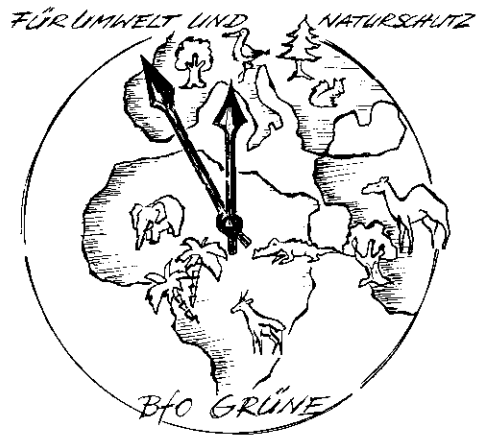
Wir, die BfO/GRÜNEN Ober-Ramstadt, wollen eine ökologisch ausgerichtete Politik. Weder Natur noch Menschen sollen durch den Menschen ausgebeutet werden. Unsere Politik gelingt am besten in einer Gesellschaft, in der die Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur bewußt gehandhabt werden. Nur durch Selbstbestimmung der Betroffenen und durch freie Entfaltung jedes Menschen können ökologische, ökonomische und soziale Probleme sinnvoll gelöst werden.

Weil wir wollen, daß Menschen ihr Leben gemeinsam, solidarisch und kreativ gestalten können, frei von äußerer Bedrohung, treten wir entschieden für Menschenrechte und umfassende demokratische Rechte bei uns und anderswo ein.

2. Ökologie

Die natürlichen Lebensgrundlagen werden trotz des gestiegenen "Umweltbewußtseins" der Bürgerinnen und Bürger weiter zunehmend gefährdet. Ozonloch, Klimakatastrophe und ungebremstes Waldsterben sind dafür die markantesten Beispiele. Die Regierenden versuchen den Eindruck zu erwecken, sie hätten alles im Griff, die Umweltgesetze seien muster-gültig und ausreichend und es sei nur eine Frage der Zeit, bis Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt seien.

Die traurige Wahrheit ist, daß die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung geht. Wir sind heute weiter denn je davon entfernt, das Steuer herumzureißen



und dem herrschenden Wachstums- und Wohlstandsfetischismus mit all seinen verheerenden Auswirkungen auf Natur und Menschen abzuschwören. Auch unser Verhalten als Konsumenten berücksichtigt selten Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Zu undurchschaubar scheinen die Folgen eigenen Handelns, zu gering die Möglichkeiten der Veränderung.

Umweltbeauftragte/r

Die BFO/GRÜNEN fordern die Einstellung einer/eines Umweltbeauftragten. Diese/r soll u.a. Bürger/innen und Verwaltung in Umweltfragen beraten, Förderprogramme der Gemeinde bearbeiten, bei kommunalen und privaten Planungen beraten, Gewässer- und Landschaftsschutzmaßnahmen vorbereiten und durchführen und kommunale Veranstaltungen zu Umweltthemen ausrichten.

Abfallpolitik

Der beste Müll ist der, der garnicht erst anfällt. Trotzdem hat die Vermeidung

gegenüber den Anstrengungen zur Verwertung anfallender Abfälle noch nicht die Bedeutung erhalten, die ihr zukommt. Folgende Maßnahmen könnten das ändern:

- Förderung der Abfallvermeidung im Einzelhandel

- Verstärkung der Beratung zur und der Öffentlichkeitsarbeit über Abfallvermeidung

- Einsatz von Mehrwegverpackungen und die Umwelt weniger belastenden Produkten in den Einrichtungen der Stadt Ober-Ramstadt

- die Abfallgebühren pro geleertem Liter dürfen bei 14-tägiger Leerung nicht teurer sein, als bei wöchentlicher Leerung. Eine 14-tägige Leerung ist anzustreben. Bei der Einführung der 80l-Tonne als kleinster Einheit muß 4-wöchentliche Leerung möglich sein, um Kleinhäushalte nicht zu bestrafen. Längerfristig sollte auf Wiegesysteme umgestellt werden, sodaß jeder nur den tatsächlich angelieferten Müll bezahlt.

Abfälle, die nicht vermieden werden können, müssen verwertet werden. Die Beseitigung darf nur den letzten Schritt im System der Abfallwirtschaft darstellen.

Natur- und Landschaftsschutz

Die Praxis des Magistrats der Stadt Ober-Ramstadt, keine Anpflanzungen in den

Gemarkungen Ober-Ramstadt, Wembach-Hahn, Rohrbach und Modau vorzunehmen, solange sie nicht als Ausgleich für Baumaßnahmen anerkannt werden, finden wir untragbar. **Wir fordern die tatsächliche Umsetzung des Landschaftsplanes für Ober-Ramstadt bis 1997, damit rasch und gezielt eine Verbesserung des Naturhaushaltes erreicht wird.**

Wir treten dafür ein, daß die Stadt sich für die Gründung eines Landschaftspflegeverbandes einsetzt und dafür finanzielle Mittel bereitstellt.

Wir fordern, daß die Stadt die Neuausweisung von geschützten Landschaftsbestandteilen vorantreibt.

Land- und Waldwirtschaft

Wir fordern:

- Sicherung der Arbeitsplätze in klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaftsbetrieben

- Dezentralisierung der Vermarktung und Förderung von Erzeuger-Verbraucher-gemeinschaften

- Förderung einer alternativen Landwirtschaft(z.B. durch Zuschüsse), um zu einer verringerten Schadstoffeinbringung in Boden und Grundwasser anzureizen

- Senkung der Bewirtschaftungsintensität durch Verringerung des Einsatzes von Agrochemikalien und der Verfütterung von Importfuttermitteln.

- Verbot von Massentierhaltung.

Die Waldflächen von Ober-Ramstadt sollten in allererster Linie der Schutzfunktion (Wasser-, Boden-, Luft-, Natur- und Landschaftsschutz) und der Naherholung dienen. Dem Schutzzweck sollte die Nutzung des Kommunalwaldes nachgeordnet werden; d.h. die Bewirtschaftung hat hinter der Schutzfunktion zurückzutreten. Der Wald ist unter ökologischen Gesichtspunkten naturnah zu bewirtschaften, die Waldränder sind nach dem Waldränderlaß von August 1986 umzugestalten.

Boden, Wasser, Luft

Die Luft, die wir atmen, das Wasser, das wir trinken, der Boden, dessen Fruchtbarkeit uns ernährt, sind unverzichtbare Grundlagen des Lebens. Diese sind durch Produktion und Konsum akut bedroht, weil sie als billige Müllkippe für Gase, Stäube, Salze und Abfälle von Wirtschaft, Verkehr und Haushalt benutzt werden.

Wenn unsere Oberflächengewässer jemals wieder so sauber werden sollen, daß von ihnen keine Gefährdung für Mensch und Tier mehr ausgeht, und wenn die Grundwasserreserven auch in Zukunft hochwertiges Trinkwasser liefern sollen, wird nur eine Radikalkur den Trinkwassernotstand verhindern können.

Schon der Bau des Hochwasserrückhaltebeckens hat zu erheblichen Eingriffen innerhalb des Ober-Ramstädter Modautales geführt und das gesamte Gewässerbiotop zerstört. Auch künftig wird es zu Beeinträchtigungen kommen. Das Kleinklima wird sich ändern durch

Entstehung von Kaltluftseen und Nebelbildung, Schlammablagerungen werden regelmäßige Eingriffe im Dauerstaubeereich erfordern, die biologische Selbstreinigungskraft des Gewässers wird geringer sein, und das aufgestaute Wasser wird sich erwärmen.

Um eine sichere Trinkwasserversorgung langfristig zu sichern müßten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Vermeidung großflächiger Flächenversiegelung
- Änderung der Abwassersatzung mit dem Ziel, daß sich die Abwassergebühren auch nach dem Maß der versiegelten Flächen bemessen
- Verbot der industriellen Brauchwasser-Entnahme aus dem Grundwasser zu Lasten der Trinkwasserversorgung und Subventionierung des Baus von Brauchwasseranlagen (wurde bereits von uns angeregt)



- Erarbeitung eines Boden- und Wasserschutzprogrammes ähnlich dem in der Gemeinde Otzberg

- Erweiterung der Wasserschutzzone I

- Erstellung von Auenschutzkonzepten für alle Fließgewässer in Ober-Ramstadt nach dem Muster des Renaturierungskonzeptes der Wembach-Auen

- Renaturierungsmaßnahmen auch an kleineren Fließgewässern, die nicht in das Länderprogramm fallen

- Erhaltung, Wiederherstellung und Schutz natürlicher Überschwemmungsbereiche (positives Beispiel: Gersprenzrenaturierung; negatives Beispiel: Hochwasserrückhaltebecken in Ober-Ramstadt)

-in Bebauungsplänen sollten Maßnahmen zur Grundwasserneubildung vorgeschrieben werden

- Unterbindung von unzureichend geklärt Fremdeinleitung in Gewässer, z.B. den Rohrbach

- Rückbau von versiegelten Flächen, z.B. von Parkplätzen und Gehwegen, sowie deren Durchgrünung

Energie

Energie darf nicht länger als Ware wie jede andere verkauft werden. Die Devise muß sein: erst Energie sparen - dann den Restbedarf decken. Die Dezentralisierung der Energieerzeugung, die Wiedergewinnung kommunaler Selbständigkeit (Rekommunalisierung der Energiewirtschaft) sind zentrale Forderungen. Dezentralisierung der Energieerzeugung heißt: verbrauchernahe Erzeugung von

Strom in vielen kleinen Anlagen. **Strom soll mit regenerativen Energiequellen (die durch natürliche Energiespender, vor allem die Sonne, ständig erneuert werden) und mit Kraftwärmekopplung (Blockheizkraftwerke) unter Abwärmenutzung erzeugt werden.** So werden große Mengen an Primärenergie gespart.

Verkehr

Der beste Verkehr ist der, der erst garnicht entsteht.

Wir haben uns für den Bau der kleinen Version der Umgehungsstraße eingesetzt. Doch das reicht bei weitem nicht. Die Verlagerung des Verkehrs von der Innenstadt an die Peripherie verhindert nicht den nach wie vor immensen Schadstoffausstoß der Fahrzeuge. Als möglichen ersten Schritt für eine umfassende Verkehrsreduzierung stellen wir uns **die Schaffung eines regionalen Mitfahrsystems** vor, damit wenigstens bei der Personenbeförderung zum Arbeitsplatz möglichst viele Fahrzeuge voll besetzt sind.

Der vorhandene Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist für viele Bürger/innen uninteressant, weil er ihren Wünschen und Bedürfnissen kaum Rechnung trägt, vollkommen undurchschaubare Tarif- und Verkehrsführungen aufweist und einfach zu teuer ist. Der Regionale Nahverkehrs-Verband (RNV) und der sich in Gründung befindliche Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) sind kommunale Institutionen, die ein einheitliches, überschaubares, kostengünstiges und alle Verkehrsträger einbeziehendes Verkehrskonzept entwickeln könnten. Besonders die "Regio-

nalisation der Bahn" bietet für Ober-Ramstadt interessante, allerdings auch kostspielige, Aspekte.

In ein umfassendes Verkehrskonzept sollten folgende Vorschläge einfließen:

- ein einheitliches Tarifgebiet schaffen
- Aufwertung der Bahn durch Vertaktung, bequemere und schnellere Triebwagen, Direktverbindungen nach Pfungstadt und über Darmstadt-Nord nach Frankfurt

- Anschluß des Bahnhofs und der Industriegebiete Ober-Ramstadts an Buslinien

- verbesserte Parkmöglichkeiten und Abstellplätze für Fahrräder am Bahnhof

- bessere Koordination aller Buslinien untereinander und mit anderen Verkehrsträgern

- Ausweitung des Stadtbusangebotes

- Einrichtung oder Verbesserung der Busverbindungen zwischen den Gemeinden rund um Darmstadt .

Im innerstädtischen Verkehr sollte Fahrrädern und Fußgängern mehr Beachtung geschenkt werden, da Besorgungen mit dem Rad nur unter lebensgefährlichen Bedingungen erledigt werden können. **Ein Radwegenetz könnte als verkehrsberuhigende Maßnahme angelegt werden**, unterstützt durch :

- autofreie Zonen (z.B. Entengasse, Hammergasse und Leuschnerstraße bis Ernst-Ludwigstraße)

- Einrichtung eines Radweges an der Darmstädter Straße im Zuge des Rückbaues nach Verwirklichung der Umgehungsstraße.



Für Fußgänger/innen sind an den Schulengesicherte Übergänge zu schaffen, die kurzen Treppenverbindungen sind zu erhalten und zu verbessern, "Spielstraßen" (z.B. Schul- und Schießbergstraße) sind auszuweisen und über die Bahn ist eine Fußgängerbrücke in Höhe Holzpfad zu errichten, mit Zugang zum Bahnhof.

Der Schulwegeplan der Stadt Ober-Ramstadt ist zu aktualisieren bzw. die Wege sind entsprechend zu sichern: die empfohlenen Schulwege sind unzureichend gekennzeichnet und stellenweise sogar gefährlich, wie z.B. direkt im Eingangsbereich der Eiche-Schule. Die dortigen Straßenübergänge sind schlecht zu überblicken.

Die Stilllegung der Unterführung Neuweg für den Autoverkehr ist zu prüfen, um diesen weiter aus den Wohngebieten herauszudrängen und den späteren Bewohnern des ehemaligen MIP-Geländes einen schnellen und sicheren Zugang zur Stadt zu ermöglichen.

Im Zuge der Realisierung der Umgehungsstraße sollte die Darmstädter Stra-

ße zurückgebaut und für den LKW-Durchgangsverkehr gesperrt werden. Die Firma DAW könnte ihre Rohstoffanlieferungen durch die Bahn erledigen lassen.

Die Anlieferung von Waren durch den Einzelhandel an die Bewohner/innen der Ortsteile sollte gefördert werden, damit der Einkauf mit PKW nicht mehr erforderlich ist.

3. Stadtentwicklung

Die Schaffung städtebaulicher Rahmenbedingungen, die den Interessen der Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger in weitestem Sinne Rechnung trägt, gehört zu den wesentlichen Aufgaben kommunaler Selbstverwaltung. Hierzu gehören - neben der am Bedarf orientierten Ausweisung von Bauflächen für Wohn-, Industrie- und Gewerbeziecke und der allgemeinen Verbesserung der Verkehrserschließung - in neuerer Zeit zunehmend Sanierungsmaßnahmen der alten Ortskerne und die Anbindung an neue Stadtquartiere.

Der Gesetzgeber sieht als Ziel dieser Maßnahmen die Verbesserung der Wohnquartiere, ihres Umfeldes und des allgemeinen Lebensraumes. In die vorausge-

henden Planungsprozesse sind die Bürger/innen umfassend mit einzubeziehen.

Da ein weiterer Landschaftsverbrauch nicht mehr zu rechtfertigen ist, erwarten wir eine äußerst sensible und planvolle Ausweisung von Neubaugebieten. Vorrangig sollte geprüft werden, inwieweit innerörtliche Baulücken geschlossen und eine Verdichtung der Wohnbebauung sowie die gleichzeitige Durchgrünung des bebauten Bereiches z.B. durch Dach- und Fassadenbegrünung realisiert werden kann.

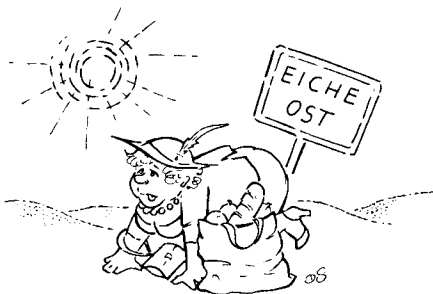
Bahnhofsplatz

Der gesamte Bereich am Ober-Ramstädter Bahnhof befindet sich in einem desolaten Zustand. Er ist, ebenso wie das MIP-Gelände, städtebauliches Niemandsland. Der Bahnhofsvorplatz sollte gründlich umgestaltet werden für die Nutzungen, die er in Zukunft aufnehmen könnte, als:

- baumbestandener Parkplatz
- Fahrradabstellplatz, dessen Möglichkeiten verschiedenen Ansprüchen gerecht werden
- attraktive Bushaltestelle, die das Umsteigen von Bus auf Bahn ermöglicht
- Güterbahnhof, der den ortsansässigen Firmen gerecht wird und es erübrigt, daß - wie zur Zeit - Bahngüter mit dem LKW von Darmstadt geliefert werden.

MIP-Gelände

Die Schließung der MIP bietet Ober-Ramstadt aus städtebaulicher Sicht die Chance, den alten Stadtkern südlich der Bahnlinie mit dem Gebiet Eiche zu ver-



binden; sowohl nutzungsmäßig als auch durch neu zu planende Verkehrs- und Fußwege. Das Quartier sollte vorwiegend, jedoch nicht ausschließlich, dem Wohnen in den verschiedensten Formen dienen.

Neben Wohnungen für Familien und Alleinstehende, Alte und Behinderte, könnte an der Bahnlinie ein neuer "Marktplatz/Festplatz" entstehen mit Läden und Dienstleistungsbetrieben. Dieser Platz sollte dazu beitragen, Altstadt und Neustadt zu verbinden.

Für das MIP-Gelände sollte ein offener städtebaulicher Realisierungswettbewerb ausgelobt werden.

- Der Inhalt der Auslobung sollte öffentlich diskutiert und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden

- Das Problem der Verbindung des alten Stadtkerns mit den neuen Wohngebieten nördlich der Bahnlinie sollte wichtiger Bestandteil des Wettbewerbes sein

- Der Wettbewerb sollte die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes zumindest als Ideenwettbewerb mit einbeziehen.

Rathausvorplatz (Leuschnerstraße)

Die ursprüngliche Stadtplanung sah im Bereich vor dem Rathaus und der Hammermühle einen freien, sorgfältig gestalteten Platz vor. Dieser Platz hätte den Mittelpunkt der Kernstadt gebildet und

vielfältigen Zwecken wie Märkten, Messen und Versammlungen dienen können. Stattdessen hat man sich wieder einmal für den Kommerz entschieden, d.h. der letzte freie Raum in der Innenstadt wird zugebaut, um in Konkurrenz zu den umliegenden Städten und Gemeinden vermeintlich die Kaufkraft der Ober-Ramstädter abzuschöpfen. Wir lehnen diese Planung ab.

Ortsteile

So wie in Ober-Ramstadts Kernstadt z.B. die Hammermühle und die vielen Treppenwege, gibt es in alten Ortsteilen ortstypische Elemente, die es zu erhalten gilt. Der dörfliche Charakter sollte, soweit noch vorhanden, erhalten und gepflegt werden. Für die in der Denkmalschutztopographie aufgenommenen Ensembles und Gebäude sollten zur Erhaltung und Restaurierung Haushaltsmittel vorgesehen werden.

Wir fordern, alle planerischen Maßnahmen den örtlichen Gegebenheiten und Besonderheiten anzupassen.

4. Sozialpolitik

Die BFO/GRÜNEN treten für eine stärkere Unterstützung von hilfsbedürftigen, benachteiligten oder auf Sozialhilfe angewiesenen Mitbürger/innen ein.

Der Stellenwert der Sozialpolitik in Ober-Ramstadt läßt sich schon daran bemessen, daß es keinen **Jugend- und Sozialausschuß** der Stadtverordnetenversammlung gibt, den wir für eine sinnvolle Sozialpolitik für **unumgänglich** halten.



Familienpolitik

In der letzten Zeit sind viele junge Familien mit Kindern nach Ober-Ramstadt gezogen. Für die Kinder stehen nicht genug Kindergartenplätze zur Verfügung.

Es gibt in Ober-Ramstadt immer mehr Alleinerziehende und Eltern mit geringem Einkommen, die auf eine qualifizierte Kinderbetreuung angewiesen sind, damit sie ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder bestreiten können.

Wir fordern:

- eine kommunale Tagesmuttervermittlung und Ausweitung des Angebotes an Tagespflegestellen
- die Einrichtung bzw. Unterstützung bestehender Kinderkrippen und Krabbelstuben
- Erweiterung des Angebotes der örtlichen Kindergärten
- Einrichtung eines weiteren Kindergartens in Ober-Ramstadt
- gemeinsame Betreuung von gesunden und behinderten Kindern
- Förderung der betreuten Grundschule
- die Einrichtung eines Kinderhortes.

Jugendpolitik

Die Interessen, Probleme und Wünsche der Jugendlichen werden von der Politik oft nicht wahrgenommen oder nicht wirklich ernst genommen. Kinder und Jugendliche müssen aber morgen in der Welt leben, die die älteren Generationen heute formen. Die Politik der Parteien

und ein unbeweglich erscheinender Staatsapparat enttäuscht viele Jugendliche. Es gilt, echte Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen.



Sozialarbeiter (Streetworker)

In Ober-Ramstadt gibt es ein paar "soziale Brennpunkte", an denen außer einer gelegentlichen Renovierung der Gebäude nichts getan, nichts verbessert wird. Die Kosten für Erhaltung und Renovierung werden beklagt, aber an den Ursachen der Misere wird nichts verändert: an den für ein zufriedenstellendes Leben unzureichenden Fertigkeiten der dort unter unwürdigen Bedingungen lebenden Menschen. Ein bei der Stadt angestellter Sozialarbeiter würde diesen Menschen helfen können, ein "soziales" Leben zu führen und für sich selbst zu sorgen. Gegen soziales Elend hilft in besonderem Maße "Hilfe zur Selbsthilfe".

Alte und behinderte Menschen

Alte, Kranke und behinderte Menschen sind ganz besonders auf unsere Fürsorge

und Rücksichtnahme angewiesen. Wir setzen uns ein für:

- behindertengerechte Einrichtungen und Zugänge an öffentlichen Gebäuden
- die Bereitstellung von Behindertentaxen
- behindertengerechte Fußgängerüberwege und Ampeln.

Alte Menschen haben ein Recht darauf, ihren Lebensabend in ihrem bisherigen Wohnumfeld zu verbringen, anstatt ausgegrenzt und auf die "grüne Wiese" abgeschoben zu werden. Wir fordern:

- eine gut ausgerüstete Sozialstation, die eine ambulante Betreuung sicherstellen kann
- ein dichtes Netz verschiedener Fachärzte am Ort.

5. Kultur und Bildung

Ein Gemeinwesen, welches seinen Mitgliedern nur die technische und wirtschaftliche Infrastruktur bereitstellt, jedoch für künstlerische und schöpferische Ausdrucksformen keinen Platz hat, ist arm. Nicht teure "Musentempel" zeugen vom kulturellen Leben einer Gemeinde, sondern die Förderung aller kulturellen Bestrebungen sowohl von Vereinen, als auch von Initiativen und Projekten.

Wir setzen uns ein für:

- kostenlose Ausstellungsmöglichkeiten für Künstler
- Übungsräume für Theater- und Musikgruppen
- Auftrittsmöglichkeiten für Theater- und Musikgruppen

- die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit in Vereinen, Projekten und Initiativen

- die Unterstützung bei öffentlichen Veranstaltungen und Präsentationen

- die Unterstützung von Nachbarschafts- und Straßenfesten

- die Öffnung der Bürgerhäuser für alle Bürger/innen.

Mit dem neuen Zentrum für Jugend, Kultur und Kommunikation sind für die Verwirklichung dieser Punkte gute räumliche Voraussetzungen gegeben.

Nach unserem Demokratieverständnis müssen Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Freiheitsrechte immer wieder gegen Bevormundung durch Amtsautorität und gegen Machtmißbrauch neu erkämpft werden. **Demokratie braucht Öffentlichkeit.** Wir wollen eine verstärkte Teilnahme der Bürger/innen an den Entscheidungen der Kommune.

Schulen

Die Prognosen aufgrund einer Statistik über die zu erwartende Anzahl von Schüler/innen der kommenden Jahre machen deutlich, daß das vorhandene Angebot an Schulräumen schon bald nicht mehr ausreichen wird. Durch den vermehrten Zuzug von jungen Familien mit Kindern im Neubaugebiet Eiche-Ost wird sich die Situation noch zuspitzen. Obgleich schnell eine Lösung gefunden werden muß, halten wir das Aufstellen von Containern oder die Restaurierung der alten Gewerbeschule für ungeeignete Maßnahmen, den Problemen tatsächlich langfristig zufrieden-

denstellend zu begegnen. Vielmehr sollten die für derartige, kurzfristig orientierte Konzepte bereitzustellenden Mittel für den Bau einer weiteren Grundschule zurückgestellt werden.

Die Erweiterung der Lichtenberg-Gesamtschule um eine Gymnasiale Oberstufe schließt eine Lücke im Bildungsangebot der Stadt. Wir werden dafür eintreten, daß das Kursangebot ausgeweitet wird.

6. Frauen

Frauen werden nach wie vor aufgrund ihres Geschlechtes diskriminiert. Die Tendenzen zur sozialen Emanzipation der Frauen konnten sich in den letzten Jahrzehnten viel zu langsam Bahn brechen. Die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichberechtigung gibt es tatsächlich nicht.

Frauenarbeit ist politische Arbeit! Sie wird jedoch von vielen Männern erfolgreich in den Hintergrund gedrängt.

Die BfO/GRÜNEN fordern, daß die Frauenarbeit, die in Ober-Ramstadt so nebenbei läuft oder von Frauen ehrenamtlich geleistet wird, anerkannt und weiter ausgebaut wird. **Ein Frauenbüro ohne Frauenbeauftragte lehnen wir ab.**

Die Frauenbeauftragte soll bei allen Beschlüssen, Verfügungen und Vorhaben ein Einspruchsrecht haben.

Ihre Aufgaben sind unter anderem:

- Anlaufstelle für ratsuchende Bürgerinnen
- Förderung und Erweiterung des Angebots des Frauencafés und Mädchentreffs

als Selbsthilfeeinrichtung in Ober-Ramstadt

- Hilfestellung beim Wiedereinstieg ins Erwerbsleben
- Veröffentlichung von Weiterbildungs- und Umschulungsangeboten (Arbeitsamt, Kreis-Volkshochschule und freie Träger)
- Öffentlichkeitsarbeit und Information über bestehende Angebote
- Vorschläge zur Bezuschussung von Beratungsorganisationen wie Pro Familia, Wildwasser etc.
- Unterstützung der Frauenhäuser im Landkreis
- besondere Berücksichtigung der Lebenssituation von ausländischen Frauen und Mädchen durch Unterstützung bestehender Angebote.

Desweiteren fordern wir die Unterstützung autonomer Frauengruppen und die Anerkennung ihrer Arbeit.



7. Der, die, das Fremde



Ausländische Mitbürger/innen

Ausländer/innen-Politik hat in dieser Republik nie einen eigenen Stellenwert gehabt, sondern ist seit jeher abhängig von der Wirtschaftspolitik. Menschen wurden als Objekte des Arbeitsmarktes mit Anwerbeverträgen in's Land geholt, damit sie das "Wirtschaftswunder" Deutschland aufbauen und sichern helfen. Keine Bundesregierung, keine der anderen im Bundestag vertretenen Parteien hat es bisher vermocht, aus der Tatsache Konsequenzen zu ziehen, daß die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland geworden ist. Stattdessen werden Immigrant/innen als Belastungsfaktoren abgestempelt, als Sündenböcke für alle möglichen Fehlentwicklungen mißbraucht und in vielen Bereichen ihrer Rechte beraubt. Die Verdrängungspolitik der Bundesregierung greift fremdenfeindliche Strömungen in der Bevölkerung auf und unterstützt sie.

Die BfO/GRÜNEN treten für das kommunale Wahlrecht für ausländi-

sche Mitbürger/innen ein. Als erster Schritt hierzu ist auch in Ober-Ramstadt der nach Hessischer Gemeindeordnung vorgeschriebene Ausländer/innen-Beirat einzurichten. Er muß an allen Ausschuß- und Stadtverordnetensitzungen mit beratender Stimme teilnehmen können, da alle Angelegenheiten der Stadt auch die ausländischen Mitbürger/innen betreffen. Im Haushalt sind ausreichende Mittel für eine erfolgreiche Durchführung seiner Arbeit bereitzustellen.

Weiter gilt unser Bemühen dem besseren Verständnis zwischen deutschen und ausländischen Bewohner/innen in Ober-Ramstadt. Die Bürgerhäuser sollten auch für türkische Hochzeiten, geöffnet werden.

Wir sind gegen jede Art von Rassismus und fordern deshalb alle Ober-Ramstädter Bürger/innen auf, sich schützend vor ausländische Mitbürger/innen zu stellen.

Asylsuchende

Wieder einmal bricht sich in Deutschland der Haß auf alles Fremde, Andersartige schreckliche Bahn. Wir müssen diesen Anfängen wehren.

Die BfO/GRÜNEN treten für ein uneingeschränktes Asylrecht für alle politisch Verfolgten ein. Wir begreifen die Kulturvielfalt als Chance, um von und mit anderen Kulturen zu lernen. Niemand verläßt seine Heimat ohne ernstzunehmenden Grund, z. B. wegen ein paar Mark Sozial-

BFO/GRÜNE



OBER-RAMSTADT

hilfe. Viele Flüchtlinge suchen Schutz vor Bürgerkrieg, staatlicher Verfolgung, Hunger oder ethnischer Diskriminierung durch ansässige Bevölkerung. **Natürlich ist es sinnvoll, darauf hinzuwirken, diesen Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive zu ermöglichen. Aber denen, die keinen anderen Ausweg mehr sehen, müssen wir hier helfen.**

Für die Asyl-Politik in Ober-Ramstadt fordern wir deshalb:

- die Unterbringung der Asyl-Bewerber in kleinen, menschenwürdigen und bürgernahen Unterkünften, um Kontakte zu fördern, Abschottung zu vermeiden und Verständnis füreinander zu wecken

- Finanzielle Unterstützung des Arbeitskreises Asyl durch die Stadt Ober-Ramstadt

- Auslobung eines Preises für couragiertes Eintreten für ausländische Mitbürger/innen

- Betreuung der anerkannten Asylbewerber/innen durch städtische Sozialarbeiter/innen, um ihnen ein Einleben in diesem Lande zu erleichtern.

Städtepartnerschaften

Um das Verständnis zwischen deutschen und türkischen Mitbürger/innen unserer Stadt zu fördern, unterstützen wir die Aufnahme einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Region Malatya in der Türkei, da ein großer Teil unserer türkischen Nachbarn aus dieser Region stammt.

Desweiteren streben wir Städtepartnerschaften mit Kommunen in Ost-Europa

an, um die Fremdheit zwischen den Menschen abzubauen und - soweit möglich - konkrete Hilfe in diesen Kommunen zu leisten, damit die Menschen dort Lebensperspektiven vor Ort für sich entwickeln können.

Projekte in der Dritten Welt

Die BfO/GRÜNEN treten dafür ein, die Ursachen für Fluchtbewegungen aus wirtschaftlichen Gründen in den armen Ländern zu beseitigen. Deshalb fordern wir die Stärkung der Versorgung der Menschen in den Drittweltländern durch Förderung konkreter, überschaubarer Projekte in der Dritten Welt, damit die Menschen in ihrer Heimat Lebensperspektiven entwickeln können.

8. Finanzen

Die Stadt Ober-Ramstadt ist mit fast 12 Millionen Mark verschuldet. In den kommenden Jahren ist mit einem Rückgang der Einnahmen durch Gewerbesteuer und Landeszuweisungen zu rechnen.

Das oberste Gebot der kommenden Legislaturperiode muß Sparen sein, damit die zusätzlichen Aufgaben (u.a.Kinder-gärten, ÖPNV) bewältigt werden können. Hierzu sollten alle Förderungsmittel ausgeschöpft werden.

Haushalt und Investitionsplan müssen nach Positionen durchforstet werden, die aufgeschoben oder aufgehoben werden können. Wir sehen Möglichkeiten dazu in erster Linie beim Straßenbau, beim Programm Einfache Stadterneuerung, beim Freizeitgelände am Schwimmbad und bei den Mitteln für den Rathausvorplatz.

Unsere Kandidaten:



Horst Becht, Kirchstr. 11, 1686
Regina Reddig, Bergstr. 3, 51509

Harald Hellweg-Mahrt,
Friedhofstr. 4, 4775

Rainer Schönenberg,
Friedhofstr. 6, 1709

Wilfried Heberer,
Neutscher Weg 9, 06167/585

Marion Koert, Kirchstr. 6, 51858

Daggi Schoenmaker,
Stettinerstr. 15, 4905

(auf dem Foto abgebildet)

Susanne Hoffmann-Maier,
Odenwaldstr. 68, 51635

Dieter Störger, Mühlstr. 1, 1042

Lilo Emich, Flurstr. 41, 3812

Christine Kolb-Neumann,
Kirchstr. 18b, 51721

Roland Maiwald,
Rodauerstr. 2, 51674

Klaus Keinert, Im Steinig 29, 2202

Wolfgang Schrecke, Hochstr. 5, 3384

(ohne Foto)

BFO/GRÜNE wollen:

- die Abfallvermeidung fördern
- den Landschaftsschutz verstärken
- den Gewässerschutz verbessern und für sparsamen Umgang mit dem Grundwasser sorgen
- eine/n Umweltbeauftragte/n, der/die Umweltschutzmaßnahmen anregt, koordiniert und beratend Bürger/innen und Verwaltung zur Verfügung steht
- einen verbesserten Öffentlichen Personennahverkehr
- ein regionales Mitfahrssystem schaffen
- Verkehrsberuhigung, die diesen Namen auch verdient
- die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes zum Zentrum des Öffentlichen Personennahverkehrs
- das freiwerdende MIP-Gelände für Wohnbebauung und emissionsfreie Gewerbebetriebe zur Verfügung stellen
- eine ausreichende und qualifizierte Kinderbetreuung
- einen neuen Kindergarten, um den Kindern einen Kindergartenplatz zu garantieren, auf den jedes Kind ab 3 Jahren ab 1996 Anspruch hat
- eine soziale Betreuung in den "sozialen Brennpunkten"
- kulturelle Lebendigkeit
- eine zweite Grundschule
- eine Frauenbeauftragte, die Frauen und Familien beratend und unterstützend zur Seite steht, die die Gleichstellung von Frauen voranbringt
- einen Ausländer/innenbeirat, der wirklich beratend tätig sein kann
- eine verbesserte Betreuung der Asylbewerber/innen
- neue Städtepartnerschaften und die Unterstützung von Projekten in der 3. Welt
- trotz alledem sparen, da die Einnahmen der Kommune in den nächsten Jahren abnehmen werden

BFO/GRÜNE
OBER-RAMSTADT

